

Wir können etwas bewegen

Gegen die geplanten Abkommen gab und gibt es breiten Widerstand. Innerhalb eines Jahres hatten 3,5 Millionen Menschen die Initiative gegen TTIP und CETA unterzeichnet. Internationale Aktionstage und Demonstrationen haben viel erreicht. Ohne diese Proteste wäre TTIP bereits unterzeichnet und CETA längst ratifiziert. Ohne unseren Einspruch würde der Europäische Gerichtshof derzeit nicht die Rechtmäßigkeit der Verträge prüfen. Und ohne die breite öffentliche Debatte wäre Brüssel bei TiSA in der Datenschutzfrage eingeknickt.

Gleichzeitig haben sich in ganz Europa Kommunen zu TTIP- und CETA-freien Zonen erklärt, darunter auch Singen, Allensbach, Radolfzell und Konstanz. Und in der Schweiz wächst die Zahl der TiSA-freien Gemeinden kontinuierlich.

Ist der Widerstand gegen TTIP nun überflüssig und der Kampf gegen CETA verloren? Zweimal Nein! Denn erstens kann TTIP jederzeit weiterverhandelt werden. Und zweitens ist CETA noch nicht ratifiziert – das Abkommen muss erst von sämtlichen Parlamenten der EU-Staaten ratifiziert werden, in Deutschland auch vom Bundesrat.

Wichtig dabei ist, dass die CETA-Ratifizierung TTIP durch die Hintertür ermöglichen würde. Denn 80 Prozent der US-Exportunternehmen (über 41.000 Firmen) haben eine Niederlassung in Kanada, sie können also CETA als Sprungbrett nutzen.

Unser Bündnis im **Landkreis Konstanz** bleibt deshalb dran:

► Wir informieren auch künftig an Infoständen und auf unseren Veranstaltungen über die aktuellen Entwicklungen.

► Wir organisieren weiterhin Debatten, Aktionen und Unterschriftenkampagnen.

Ausplünderung des Südens

Mit diesen Handelsverträgen und dem Dienstleistungsabkommen TiSA strebt die EU das an, was der Welthandelsorganisation WTO bisher nicht gelang: die Durchsetzung westlicher Konzerninteressen.

Was das bedeutet, zeigen zum Beispiel die EPA-Verträge mit 48 afrikanischen Staaten. Die EPAs sollen deren Märkte fast völlig für hochsubventionierte EU-Waren öffnen. Gleichzeitig garantieren diese Verträge die Plünderung der dortigen Bodenschätze. Die Folgen für diese Länder sind absehbar: Millionen Menschen werden ihre Existenzgrundlage verlieren, wenn noch mehr Geflügelteile, Milchpulver, Gemüsekonserven die Erzeugnisse der lokalen Landwirtschaft verdrängen. Und im Mittelmeer werden noch mehr Flüchtlinge ertrinken.

Für internationalen Handel

Der Klimawandel zeigt: Mehr Wachstum durch Ressourcenverbrauch, agrarindustrielle Massenproduktion und umweltschädliche Produkte zerstört den Planeten. Dabei ginge es auch anders. Durch eine Handelspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Durch Verträge etwa, die den ProduzentInnen im Globalen Süden, den Transportarbeitern und den hiesigen Einzelhandelsbeschäftigten eine menschenwürdige Existenz ermöglichen – mit anständigen Löhnen, sozialer Absicherung und politischen Rechten.

Nachhaltiger Handel muss fair und ökologisch sein. Erneuerbare Energien, regionale Kreisläufe, bäuerliche Biolandwirtschaft und umweltverträgliche Transportmittel sind unverzichtbar.

Wir lehnen internationalen Handel nicht ab, im Gegenteil. Wir vertreten keinen nationalistischen Protektionismus à la AfD, Le Pen oder Trump, sondern befürworten offene Grenzen. Der Freihandel

jedoch macht die Stärkeren nur noch stärker. Er untergräbt die Demokratie, ignoriert den Schutz von Mensch und Natur, blockiert jeden Fortschritt. Und zerstört die Glaubwürdigkeit der EU.

Weitere Infos

Analysen und aktuelle Informationen gibt es hier:

- www.konstanz-gegen-ttip.de
- www.facebook.com/KonstanzgegenTTIP
- www.twitter.com/KNgegenTTIP

Kontakt: info@konstanz-gegen-ttip.de

Konto-Nr.: IBAN DE84 6905 0001 0024 4226 36,
D. Künzel, Verwendungszweck: „Handel“

Nützliche Links:

stop-ttip.org | www.attac.de | www.campact.de |
www.mehr-demokratie.de | www.ttip-free-zones.eu |
www.wemove.eu/de



ViSdP: Pit Wuhler, Haspelweg 2, 78467 Konstanz



Für Demokratie und gerechten Welthandel

Gegen nationalen Protektionismus
und den Abbau unserer Rechte

**Konstanzer Bündnis für gerechten Welthandel
– gegen TTIP, CETA und TiSA**

www.konstanz-gegen-ttip.de
www.facebook.com/KonstanzgegenTTIP
www.twitter.com/KNgegenTTIP

Darum geht es uns

Seit einigen Jahren verhandelt die EU über eine ganze Reihe von Freihandelsabkommen. Ziel ist nicht die Absenkung der Zölle (denn die gibt es im transatlantischen Warenverkehr kaum noch). Vielmehr geht es um die Beseitigung „nichttarifärer Handelshemmnisse“. Damit sind etwa Umweltschutzbestimmungen, Vorschriften zur Lebensmittelsicherheit, hohe Sozial- und Arbeitsstandards und die Kennzeichnung von Produkten gemeint.

Im Gespräch und zum Teil weit gediehen sind:

► Rund zwanzig **Freihandelsabkommen**, u.a. mit Japan, Indonesien, Mexiko und den Philippinen.

► Die mit afrikanischen Staaten geplanten, noch nicht ratifizierten „Economic Partnership Agreements“ (**EPAs**), deren Ziel es ist, die afrikanischen Märkte für Waren aus dem EU-Raum zu öffnen. Mit ihnen sichert sich die EU auch einen billigen Zugang zu afrikanischen Rohstoffen.

► Das mit Kanada ausgehandelte **CETA**-Abkommen („Comprehensive Economic and Trade Agreement“). Es wurde von der EU-Kommission, dem EU-Ministerrat und dem EU-Parlament gutgeheißen, muss aber noch von allen Parlamenten der EU-Staaten ratifiziert werden.

► Das Dienstleistungsabkommen „Trade in Services Agreement“ **TiSA**. Die EU verhandelt darüber seit 2012 mit 22 Staaten; mit dabei ist auch die **Schweiz**. Es sieht eine unumkehrbare Deregulierung und Privatisierung vieler öffentlicher Dienste vor, wie etwa Wasser, Bildung, Gesundheit, Energie, Müllentsorgung und öffentlicher Verkehr.

► Das **TTIP** („Transatlantic Trade and Investment Partnership“) mit den USA. Die Verhandlungen liegen derzeit auf Eis, können aber jederzeit wieder aufgenommen werden.



Trojanisches Pferd vor dem EU-Parlament, Straßburg

Gefahr für die Demokratie

Diese Abkommen sollen alles aus dem Weg räumen, was die wachstumsorientierte Exportwirtschaft bremst. Dazu gehört auch die Demokratie:

► Die nationalen Parlamente haben bei den Verhandlungen **kein Mitspracherecht** und dürfen – siehe CETA – am Schluss nur abnicken, was hinter verschlossenen Türen ausgehandelt wurde.

► An den Gesprächen sind von Anfang an Unternehmensverbände und deren **Lobbyisten** betei-

ligt, nicht aber Verbraucherschutzinitiativen, Umweltverbände oder Gewerkschaften.

► Über eine Fortschreibung von CETA und anderen Verträgen entscheiden keine demokratisch gewählten Gremien, sondern ein **Regulierungsrat**, der ohne jede demokratische Kontrolle agiert.

► Der Vertragstext von TiSA darf nach dem Willen der USA erst fünf Jahre nach Unterzeichnung veröffentlicht werden. Zudem soll der Verkauf **öffentlicher Dienstleistungen** nicht rückgängig gemacht werden können – egal, wie die Parlamente entscheiden und was wir wollen.

Gentechnik und Fracking

Die EU-Kommission und die Lobbyverbände sehen im Verbraucherschutz ein „Handelshemmnis“. Also drängen sie auf eine Regeländerung. Während etwa in der EU der Einsatz von Chemikalien oder Arzneimitteln erst dann zulässig ist, wenn deren Unbedenklichkeit feststeht, werden etwa in Kanada und den USA Produkte erst dann verboten, wenn ein Schaden eingetreten ist.

CETA öffnet der agrarindustriellen Massenproduktion viele Türen: für **Fleisch von hormonbehandelten Tieren**, gentechnisch manipulierte Pflanzen und gefährliche – deshalb in der EU verbotene – Pestizide sollen Beschränkungen fallen. Auch andere Produkte könnten auf unsere Märkte gelangen: etwa durch Fracking oder andere umweltschädliche Fördermethoden gewonnenes Erdöl und Gas.

Arbeitswelt und Kultur

Freihandel schaffe neue Arbeitsplätze, heißt es oft. Das Gegenteil ist richtig. Laut einer US-amerikanischen Studie kostet CETA in Europa 200.000 Arbeitsplätze, außerdem wächst die Einkommensungleichheit. Auch die in vielen Jahren erkämpften

arbeitsrechtlichen Errungenschaften sind bedroht. Eine Verbesserung beim Arbeitsschutz, eine Anhebung von Lohnuntergrenzen – das könnte aufgrund neuer Klagemöglichkeiten bald schwierig werden.

Kultur wird hierzulande aus öffentlichen Mitteln gefördert. Das schafft Vielfalt und erlaubt Kreativität jenseits von ökonomischen Zwängen. In den USA und Kanada gelten Kultureinrichtungen dagegen als Wirtschaftsunternehmen. Buchpreisbindung, kommunale Zuschüsse für Theater, Orchester oder freie Kulturinitiativen, Filmförderung – all das könnte den Abkommen zum Opfer fallen. Deshalb lehnt beispielsweise der Deutsche Kulturrat TTIP, CETA und TiSA ab.

Investitionsschutz für Konzerne

Zu den Freiheiten, die die geplanten Handelsabkommen den Unternehmen gewähren, gehört die Freiheit, Staaten zu verklagen, wenn die Konzerne ihre „legitimen Erwartungen“ auf Profit geschmälert sehen. Was „legitime Erwartungen“ sind, ist nicht definiert. Somit können Konzerne selbst entscheiden, welche neue Umweltbestimmung, welches neue Verbraucherschutzgesetz oder welche Mindestloohnerhöhung ihre Rendite beeinträchtigt.

Dieser sogenannte Investitionsschutz ist in vielen Abkommen enthalten und hat bereits zu Milliardenklagen vor privaten Schiedsgerichten geführt, die oft zugunsten der Unternehmen entscheiden. So hat etwa der schwedische Energiekonzern Vattenfall Deutschland wegen des Atomausstiegs auf 4,7 Milliarden Euro Schadenersatz verklagt.

Die Vertragsentwürfe mit Japan, Mexiko und einem Dutzend anderer Ländern sehen diese Paralleljustiz ebenfalls vor; auch das CETA-Abkommen erlaubt es, dass Konzerne Staaten vor ein Investitionsgericht zerrren.